

Vertragsbedingungen im Vergabeverfahren

Lieferung von Reinigungs- und Hygienemitteln inkl. Dosiersysteme und Services (KGE)

gelten zwischen der

Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH (KGE), Martinistraße 52, 20246 Hamburg

- Auftraggeber (AG oder KGE) –

und dem

bezuschlagten Bieter

- Auftragnehmer (AN) –

folgende Vertragsbedingungen:

Gegenstand der Ausschreibung ist die Herstellung, Lieferung und Bereitstellung von Reinigungs- und Hygienemitteln sowie die Erbringung begleitender Serviceleistungen auf dem Gelände des UKE und des Altonaer Kinderkrankenhauses (AKK).

1. Vertragsgegenstand und Vertragsunterlagen

1.1. Vertragsgegenstand

Der Auftragnehmer (AN) verpflichtet sich zur Herstellung, Lieferung und Bereitstellung von Reinigungsmitteln sowie zur Erbringung der in den Vertragsbestandteilen beschriebenen begleitenden Serviceleistungen für die Standorte UKE und AKK. Die Leistung umfasst insbesondere den Einsatz von manuell und maschinell anzuwendenden Reinigungsmitteln sowie Hautpflegeprodukten; die konkrete Bedarfssystematik und Zuordnung ergibt sich aus der Leistungsbeschreibung.

1.2. Vertragsbestandteile

Bestandteil dieses Vertrags sind:

- 1) diese Vertragsbedingungen (Besondere und Allgemeine Bedingungen),
- 2) die Leistungsbeschreibung der KGE,
- 3) das Preisblatt des AN,
- 4) das Angebot des AN,
- 5) ggf. weitere in den Vergabeunterlagen genannten Anlagen.

1.3. Rangfolge und Widersprüche

Sollten Widersprüche unter den Vertragsbestandteilen oder innerhalb der einzelnen Vertragsbestandteile bezüglich des Leistungsumfangs und der Art und Weise der Ausführung bestehen, ist der AN verpflichtet, die AG hierauf schriftlich hinzuweisen. Der AN hat die AG unverzüglich, spätestens vor der Ausführung der betroffenen Leistung, aufzufordern, die Unstimmigkeiten in der Leistungsbeschreibung zu klären und eine Entscheidung über Art und Umfang der tatsächlich geforderten Leistung zu treffen. Die AG bestimmt in diesem Fall die vom AN zu erbringende Leistung innerhalb des sich aus den Vertragsbestandteilen ergebenden Rahmens nach billigem Ermessen.

Bei allen anderen Regelungen gilt bei Widersprüchen unter den Vertragsbestandteilen die durch die Nummerierung in Ziff. 1.2 vorgegebene Reihenfolge; die Regelung in dem zuvorderst genannten Vertragsbestandteil geht vor.

2. Leistungsumfang und Mindestanforderungen

2.1. Dosiersysteme und Maschinenbestand

Die KGE betreibt an den Standorten UKE und AKK insgesamt 79 Spülmaschinen, und zwar 3 Bandspülmaschinen, 4 Haubenspülmaschinen, 72 Gewerbespülmaschinen, die vom AN gemäß der Leistungsbeschreibung mit automatischen Dosieranlagen des AN für Reiniger und Klarspüler auszurüsten sind. Zentraldosierungen für die maschinelle Dosierung der Reinigungsmittel sind ausgeschlossen

Die KGE kann den Bestand an Spülmaschinen während der Laufzeit des Vertrages bis zu insgesamt 5 Band-, 6 Hauben- und 100 Gewerbespülmaschinen erweitern. Die Verpflichtungen des AN aus diesem Vertrag und seinen Bestandteilen beziehen sich dann auch auf die zusätzlichen Spülmaschinen.

2.2. Dosierung maschineller Reinigungsmittel

Der AN gibt je maschinellem Reinigungsmittel die Dosiermenge (ml) für die gebrauchsfertige Reinigungslösung im Preisblatt an; maßgeblich ist die Dosierung zur Erreichung des normgemäßen Waschergebnisses nach den einschlägigen Normen DIN. EN 17735, DIN 10544 sowie EN IEC 63136.

Alle Dosieranlagen sind auf die Soll-Dosierung einzustellen und im Rahmen der Inbetriebnahme sowie regelmäßig zu prüfen und ggf. nachzujustieren.

Reicht die Soll-Dosierung nicht, passt der AN die Einstellung unverzüglich an; entstehender Mehrverbrauch an Reinigungsmittel im Vergleich zu den Angaben des AN im Preisblatt ist der KGE zum vertraglichen Preis zu ersetzen. Weitergehende vertragliche oder gesetzliche Ansprüche der KGE bleiben unberührt.

2.3. Produktanforderungen

Die vom AN eingesetzten Reinigungsmittel müssen vollumfänglich der REACH-Verordnung und der CLP-Verordnung entsprechen und entsprechend gekennzeichnet sein. Die Produkte sind für den jeweiligen Einsatzbereich (z. B. Flächen, Gerätegruppen, Verschmutzungsarten, Lebensmittel-/Nicht-Lebensmittelbereich) zu spezifizieren.

Für Produkte, die in Lebensmittelbereichen zum Einsatz kommen, ist die HACCP-Konformität sicherzustellen.

Bei bestimmungsgemäßer Anwendung dürfen die Produkte keine über das unvermeidbare Maß hinausgehenden Gesundheitsrisiken bergen.

2.4. Verpackungen (Reinigungsmittel)

Die Anforderungen an Qualität und Sicherheit der Verpackungen, die Recyclingfähigkeit nach Verpackungsgesetz, den Einsatz von Post-Consumer-Rezyklat sowie die restlose Entleerbarkeit ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung und sind vom AN zwingend einzuhalten.

Die Kennzeichnung der Gebinde in deutscher Sprache mit GHS/CLP- bzw. INCI-Angaben, Chargennummer und Mindesthaltbarkeitsdatum erfolgt entsprechend der Leistungsbeschreibung.

Die Begrenzung der Gebindegrößen und die Pflicht zur Verwendung dezentraler Einzelspeisesysteme richten sich ebenfalls nach der Leistungsbeschreibung.

2.5. Serviceleistungen

Der AN erbringt die in der Leistungsbeschreibung definierten Serviceleistungen (z. B. Einweisungen, Wartung und Kalibrierung der Dosiersysteme, Bereitstellung von Reinigungs- und Hygieneplänen, Dokumentations-Checklisten, technischer Support, jährliche Umweltberichte) ohne gesonderte Vergütung über die im Preisblatt ausgewiesenen Preise hinaus.

Der AN stellt für die in der Leistungsbeschreibung genannten Funktionsbereiche objektspezifische Reinigungspläne sowie korrespondierende Dokumentations-Checklisten bereit; Inhalte, Form und Fristen (insb. 3-Tages-Frist für Änderungen) ergeben sich aus der Leistungsbeschreibung.

3. Support, Störungsmanagement und Reaktionszeiten

3.1 Technischer Support & Hotline

Der AN stellt für die Anwendung der Reinigungsmittel und die eingesetzten Dosieranlagen einen deutschsprachigen Support zur Verfügung. Zusätzlich richtet er eine deutschsprachige Hotline ein, die montags bis donnerstags von 08:00 bis 18:00 Uhr sowie freitags von 08:00 bis 15:00 Uhr erreichbar ist; hiervon ausgenommen sind die gesetzlichen Feiertage in Hamburg.

Für Störungsmeldungen ist eine dedizierte-E-Mail-Adresse bereitzustellen; Änderungen dieser Adresse sind unverzüglich mitzuteilen.

3.2 Störungsbearbeitung

Geht eine Störungsmeldung ein, prüft der AN zunächst, ob die Störung telefonisch oder elektronisch behoben werden kann.

Ist eine Fernbehebung nicht möglich, beginnt der AN spätestens am folgenden Arbeitstag (Montag bis Freitag, ausgenommen gesetzliche Feiertage in Hamburg) mit der Störungsbeseitigung vor Ort 5

Diese Pflichten gelten über die gesamte Vertragslaufzeit.

4. Übergabe und Austausch der Dosieranlagen (Umrüstung zu Vertragsbeginn)

4.1 Grundsatz und Planung

Sämtliche Spülmaschinen sind aktuell mit Dosiersystemen ausgestattet; nach Zuschlagserteilung ist die Umrüstung gemeinsam zu planen, inkl. fachgerechter Demontage der Bestandssysteme und eines unterbrechungsfreien Betriebs.

Vor Beginn der laufenden Belieferung erstellen KGE und AN einen detaillierten Übergabe- und Austauschplan für sämtliche bestehenden Dosieranlagen in den

Funktionsbereichen der KGE. Der Übergabe- und Austauschplan hat insbesondere zu regeln:

- a) die zeitliche Reihenfolge der Umrüstungen,
- b) die konkreten Standorte,
- c) die Verantwortlichkeiten der Beteiligten,
- d) die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Sicherstellung eines unterbrechungsfreien Betriebs.

Kommt eine Einigung über den Übergabe- und Austauschplan nicht zustande, bestimmt die KGE den Inhalt des Plans nach billigem Ermessen gemäß § 315 BGB.

4.2 Durchführung und Fristen

Der AN ist verpflichtet, die vom bisherigen Auftragnehmer installierten Dosieranlagen fachgerecht zu demontieren, eigene Dosieranlagen zu liefern, zu montieren, in Betrieb zu nehmen und funktionsfähig zu übergeben.

Der AN stellt sicher, dass zu jedem Zeitpunkt die für den laufenden Klinikbetrieb erforderlichen Reinigungsmittel in ausreichender Menge verfügbar bleiben und die Betriebsabläufe der KGE sowie des UKE nicht beeinträchtigt werden.

Die demontierten Dosieranlagen und sonstigen Komponenten des bisherigen Auftragnehmers stellt der AN geordnet und transportsicher in den von der KGE benannten Räumen auf dem Klinikgelände zur Abholung bereit.

Der AN erstellt hierzu eine nachvollziehbare Dokumentation, aus der insbesondere Standort, Anzahl und Typ der demontierten Anlagen hervorgehen.

Die Umrüstung erfolgt grundsätzlich innerhalb der in der Leistungsbeschreibung enthaltenen Umrüsttabelle festgelegten Zeitfenster; Abweichungen bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung der KGE.

Spätestens innerhalb von vier Wochen nach Zuschlagserteilung ist die Umrüstung der Dosieranlagen vollständig abzuschließen.

Die in der Leistungsbeschreibung enthaltene Tabelle „Umrüstungsplan“ mit Maschinen, Standorten und Zeitfenstern ist verbindlich einzuhalten.

Der AN benennt eine verantwortliche Ansprechperson sowie eine Vertretung, die für Planung, Koordination und Durchführung der Übergabe und des Austauschs der Dossieranlagen verantwortlich ist.

Diese Ansprechperson fungiert als zentrale Schnittstelle zur KGE und – soweit erforderlich – zum bisherigen Auftragnehmer.

5. Eigentum, Nutzung und Vertragsende (Übergabe an Folgeauftragnehmer)

5.1 Eigentum/Nutzungsrechte

Die vom AN bereitgestellten Dossieranlagen verbleiben – sofern nicht anders vereinbart – im Eigentum des AN und werden der KGE für die Vertragsdauer zur Nutzung überlassen.

5.2 Ausbau durch den Folgeauftragnehmer; Gestattung und Duldung

Nach Beendigung des Vertragsverhältnisses ist der AG berechtigt, einen Folgeauftragnehmer zu beauftragen, die vom AN installierten Dossieranlagen an den Spülmaschinen auszubauen und durch eigene Anlagen zu ersetzen. Der AN gestattet und duldet die hierzu erforderlichen Arbeiten und gewährt den erforderlichen Zugang zu den betroffenen Bereichen.

5.3 Bereitstellung zur Abholung durch den Folgeauftragnehmer; Abholung durch den AN

Der Folgeauftragnehmer stellt die demontierten Dossieranlagen einschließlich Zubehör des AN fachgerecht vom Netz getrennt, betriebssicher, gekennzeichnet und in transportfähigem Zustand an den vom AG benannten Sammelstellen auf dem Klinikgelände zur Abholung bereit.

Der AN ist verpflichtet, die bereitgestellten Anlagen innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Mitteilung der Bereitstellung abzuholen. Erfolgt die Abholung nicht fristgerecht, ist der AG berechtigt, die Anlagen auf Kosten und Gefahr des AN sachgerecht einzulagern, zu verbringen oder – nach fruchtloser weiterer Fristsetzung – ordnungsgemäß zu verwerten / zu entsorgen.

5.4 Koordination, Zeitfenster und Betriebsunterbrechungsfreiheit

Die KGE bestimmt die konkreten Zeitfenster für Ausbau und Ersatz nach billigem Ermessen unter angemessener Berücksichtigung der betrieblichen Erfordernisse der KGE und des UKE.

5.5 Unterlagen, Parameter und Schnittstellen

Der AN übergibt der KGE spätestens zwei Wochen vor dem ersten Rückbautermin alle für einen sicheren Ausbau und die Migration erforderlichen technischen Informationen in deutscher Sprache (insb. Montage-/Installationshinweise, Angaben zu elektrischen/hydraulischen Anschlüssen, Parametrierungen/Einstellwerte, etwaige Zugänge/Passwörter). Ein Zurückbehaltungsrecht hieran ist ausgeschlossen.

5.6 Keine Zurückbehaltung

Der AN ist nicht berechtigt, den Ausbau oder die Herausgabe seiner Anlagen oder die erforderlichen Informationen zur Durchsetzung etwaiger Forderungen zu verweigern oder zurückzubehalten. Geld- und sonstige Ansprüche des AN bleiben im Übrigen unberührt.

5.7 Übergabe-/Rückbauprotokoll

Über Ausbau, Bereitstellung und Abholung wird ein Protokoll geführt (Standort, Anzahl, Typ/Seriennummern, Zustand, Zeitpunkt). Der AN erhält eine Kopie; der AG führt eine konsolidierte Dokumentation.

5.8 Eigentum und Gefahrtragung

Das Eigentum an den Dosieranlagen verbleibt bis zur Abholung beim AN. Bis zur Abholung verwahrt der AG die bereitgestellten Anlagen unentgeltlich; die Gefahr des zufälligen Untergangs oder der zufälligen Verschlechterung trägt der AN, es sei denn, der AG handelt vorsätzlich oder grob fahrlässig.

6. Qualität, Arbeitsschutz, Compliance

6.1 Qualitätssicherung und Normen

Für die Erreichung des gewünschten Waschergebnisses ist die Einhaltung der einschlägigen DIN-Normen erforderlich, wobei die Dosieranlagen durch den AN regelmäßig kalibriert und auf ihre Funktion geprüft werden müssen.

6.2 Hygiene & HACCP

Der Auftragnehmer muss für jedes eingesetzte Reinigungsmittel konkret darstellen, für welchen Einsatzbereich (z.B. Flächen, Gerätegruppen, Verschmutzungsarten, Lebensmittelbereich / Nicht-Lebensmittelbereich) es vorgesehen ist und unter welchen Bedingungen es anzuwenden ist (insbesondere Konzentration / Dosierung, Einwirkzeit). Die eingesetzten Mittel müssen HACCP-konform sein. Der Transport und die Lieferung erfolgen unter Beachtung der gesetzlichen Hygienevorschriften.

6.3 Arbeitsschutz und Ergonomie

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ausschließlich Gebinde mit einem Netto-Inhalt von höchstens 5 kg zu verwenden und diese entsprechend den einschlägigen Lastenhandhabungsvorgaben sicher zu handhaben.

6.4 Kennzeichnung / Schulungen

Die Kennzeichnung und Dokumentation der gelieferten Produkte erfolgt gemäß GHS/CLP oder INCI. Der Auftragnehmer stellt die erforderlichen Sicherheitsdatenblätter, Produktdatenblätter sowie Betriebsanweisungen zur Verfügung. Bei der Einführung neuer Produkte führt der Auftragnehmer entsprechende Schulungen und Einweisungen durch und stellt hierzu geeignete Schulungsunterlagen bereit.

6.5 Verpackung/Umwelt

Die verwendeten Verpackungen müssen im Sinne des Verpackungsgesetzes recyclingfähig sein; der Einsatz von Post-Consumer-Rezyklaten ist ausdrücklich erwünscht; zudem ist der Auftragnehmer verpflichtet, sicherzustellen, dass die Verpackungen restlos entleert werden können.

7. Leistungsänderungen und Mehr-/Minderbedarf

7.1 Gerätebestand

Auch bei Erweiterungen des Bestands bis zu den festgelegten Obergrenzen (5 Band- / 6 Hauben- / 100 Gewerbspülmaschinen insgesamt) erbringt der AN Leistungen zu vereinbarten Konditionen.

7.2 Dosiermengenanpassung

Erreicht das Waschergebnis trotz ordnungsgemäßer Anwendung der Reinigungsmittel nicht die maßgeblichen Normvorgaben, ist der Auftragnehmer verpflichtet, die Dosiereinstellung entsprechend anzupassen. Ein dadurch entstehender Mehrverbrauch an Reinigungsmitteln ist der KGE zu den vertraglich vereinbarten Preisen gutzuschreiben bzw. zu erstatten.

8. Vergütung, Preise, Rechnungsstellung

8.1 Preise

Die Vergütung erfolgt auf Grundlage der im Preisblatt (Anlage 2) ausgewiesenen Einheitspreise / Pauschalen. Die im Preisblatt angegebenen Dosiermengen sind Soll-Werte für den laufenden Betrieb im Sinne einer Beschaffensvereinbarung.

8.2 Mehrverbrauch

Ein durch Anpassungen des AN entstehender Mehrverbrauch an Reinigungsmitteln ist nach Maßgabe von Ziff. 7.2 zu ersetzen.

8.3 Rechnungsangaben

Rechnungen sind entsprechend den Lieferscheindaten detailliert zu erstellen; sie müssen insbesondere eindeutige Produktbezeichnungen, Mengen / Einheiten sowie die abgerechneten Transport- bzw. Umverpackungen ausweisen.

8.4 Preisbindung und Preisanpassung

1) Feste Preise im ersten Vertragsjahr

Die in Anlage Preisblatt ausgewiesenen Preise sind ab Vertragsbeginn für die Dauer von zwölf Monaten fest vereinbart und während dieses Zeitraums von beiden Parteien weder einseitig änderbar noch anpassbar.

2) Beginn und Basis der Indexierung

Ab dem ersten Tag des auf die Preisbindungsfrist folgenden Monats (Indexierungsbeginn) werden die in Anlage Preisblatt ausgewiesenen Preise gemäß den nachfolgenden Regelungen angepasst.

Basiszeitpunkt ist der Kalendermonat der Zuschlagserteilung (Basismonat). Maßgeblich ist der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Indexstand des Basisindex für den Basismonat.

3) Base-Index

Maßgeblich ist der Erzeugerpreisindex für gewerbliche Produkte (Inlandsabsatz) des Statistischen Bundesamts, Warengruppe „Chemische Erzeugnisse“ (GP2009/CPA 20). Soweit verfügbar und veröffentlicht, wird die Unterposition „Herstellung von Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Körperpflegemitteln“ (20.41) verwendet. Ist diese Unterposition nicht (mehr) verfügbar, gilt die nächstmögliche übergeordnete, sachnahe Gliederung innerhalb der chemischen Erzeugnisse.

4) Anpassungsintervall, Stichtag und Formel

Die Preisanpassung erfolgt jeweils kalenderjährlich zum 1. des Monats, der dem Jahrestag des Indexierungsbeginns folgt (Anpassungsstichtag).

Für jede Position des Preisblatts wird der neue Preis wie folgt berechnet:

Neuer Preis = Alter Preis × Indexfaktor,

wobei der Indexfaktor der gewichtete Quotient aus dem Index am Anpassungstichtag (aktueller Indexstand) und dem Index im Basismonat (Basisindexstand) ist.

Der Auftragnehmer übermittelt dem Auftraggeber die dokumentierte Berechnung spätestens vier Wochen vor dem Anpassungstichtag; die Anpassung wirkt zum Anpassungstichtag.

5) Symmetrie, Schwelle und Kappung

Die Preisgleitung wirkt symmetrisch: Preiserhöhungen und -senkungen werden gleichermaßen nach der Formel unter Ziff. 4) angewandt.

Geringfügigkeitsschwelle: Beträgt der absolute Anpassungsbedarf weniger als 3,0 % gegenüber dem zuletzt geltenden Preis, unterbleibt eine Anpassung zu diesem Stichtag; der Anpassungsbedarf ist nicht kumulationsfähig.

Kappung: Eine einzelne Jahresanpassung ist nach oben auf maximal +8,0 % begrenzt; nach unten findet keine Kappung statt.

6) Außerordentliche Entwicklungen

Liegt der maßgebliche Index aus Gründen, die außerhalb der Risikosphären beider Parteien liegen (z. B. Aussetzung, grundlegende methodische Revision), nicht vor, tritt an seine Stelle der nach Objektivität, Nachvollziehbarkeit und Branchenbezug am besten geeignete Nachfolge- oder Ersatzindex des Statistischen Bundesamts. Können sich die Parteien hierauf nicht binnen vier Wochen einigen, bestimmt der Auftraggeber den Ersatzindex nach billigem Ermessen; die Interessen beider Parteien sind angemessen zu berücksichtigen.

Änderungen der Basis (Indexbasisjahre) oder rückwirkende Revisionen der Indexreihe werden gemäß der vom Statistischen Bundesamt vorgesehenen Umrechnungs-/Verkettungsmethodik nachvollzogen.

7) Keine rückwirkende Anpassung; Verhältnis zu Leistungsänderungen

Rückwirkende Anpassungen sind ausgeschlossen. Bereits erbrachte und abgerechnete Leistungen verbleiben zu den bis dahin geltenden Preisen.

Unabhängig von dieser Preisgleitung bleiben vertragliche Regelungen zu Mehr- / Minderverbräuchen, insbesondere zur Erstattung von Mehrverbräuchen infolge notwendiger Dosieranpassungen, unberührt.

8) Transparenz und Mitwirkung

Der Auftragnehmer stellt der Auftraggeberin die jeweils herangezogenen amtlichen Indexstände (Monatswerte) einschließlich Quellenangabe (Statistisches Bundesamt, Veröffentlichungsdatum) sowie die Rechenschritte der Preisfortschreibung in prüffähiger Form zur Verfügung.

9. **Abnahme**

Die funktionsfähige Übergabe der vom AN bereitgestellten Dosieranlagen gilt nach erfolgreicher Inbetriebnahme und Dokumentation als erfolgt. Etwaige bei der Inbetriebnahme festgestellte Mängel sind zu protokollieren und vom AN innerhalb einer angemessenen Frist zu beheben.

10. **Laufzeit und Kündigung**

10.1 **Vertragslaufzeit**

Der Vertrag beginnt mit Zuschlagserteilung. Die feste Vertragslaufzeit beträgt vier Jahre ab Vertragsbeginn. Die KGE ist berechtigt, den Vertrag durch einseitige Erklärung in Textform bis spätestens drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Vertragslaufzeit bis zu dreimal um jeweils ein weiteres Jahr zu verlängern. Die Verlängerung erfolgt zu den bisherigen vertraglichen Konditionen, sofern und soweit keine vertraglich vereinbarte Anpassung – insbesondere eine Preisanpassung – eingreift.

10.2 **Kündigung aus wichtigem Grund**

Bei schwerwiegenden Pflichtverletzungen (z.B. wiederholte Nichteinhaltung der Soll-Dosierung, unangekündigte Abweichung von Umrüstfenstern, Einsatz nicht

konformer Produkte) ist die fristlose Kündigung zulässig; weitergehende Rechte bleiben unberührt.

11. Geheimhaltung

Der AN behandelt alle nicht offenkundigen Informationen der KGE, einschließlich Geschäftsgeheimnissen, vertraulich und schützt diese angemessen.

12. Sonstige Bestimmungen

12.1 Gerichtsstand und anwendbares Recht

Ausschließlicher Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist im kaufmännischen Verkehr Hamburg.

Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des Wiener UN-Abkommens über den internationalen Warenverkehr (CISG). Für ein eventuelles gerichtliches Verfahren gilt das Prozessrecht der Bundesrepublik Deutschland.

12.2 Schriftform

Abreden und Vereinbarungen, die nicht in diesem Vertrag und seinen Bestandteilen enthalten sind, wurden nicht getroffen, insbesondere auch keine mündlichen Nebenabreden. Änderungen und Ergänzungen bedürfen der Schriftform, auch das Abbedingen des Schriftformerfordernisses.